



Tut das Land genug gegen Queerfeindlichkeit?

Der Landtag hat über einen Entschließungsantrag beraten – aber ob das schon reicht, ist umstritten

Hintergrund - Seite 6

UMWELT

Minister Meyer versichert: Es wird keinen Stopp bei der Weidetier-Förderung geben

Im Umgang mit dem Wolf bevorzugt die rot-grüne Landesregierung eher die Förderung von Schutzmaßnahmen für Weidetiere statt eines restriktiven Vorgehens gegen den Beutegreifer. Allerdings ist das im laufenden Landeshaushalt für den Herdenschutz vorgesehene Geld für dieses Jahr bereits vollständig ausgegeben worden, wie Umweltminister Christian Meyer (Grüne) am Donnerstag im Plenum des niedersächsischen Landtags einräumen musste. Förderbescheide seien zwar in der Theorie bewilligt, praktisch verzögere sich derzeit aber die Auszahlung der Mittel an die betroffenen Betriebe, heißt es. Der Umweltminister beschwichtigt derweil: „Es wird keinen Förderstopp geben“, versicherte Meyer in einer von der CDU-Fraktion beantragten „aktuellen Stunde“ im Landtag. „Es werden Risschäden umgehend erstattet, es wer-



Christian Meyer will wieder mehr Geld in die Prävention von Wolfsangriffen stecken.

den beim Herdenschutz weitere Anträge genehmigt.“ Durch Umschichtungen im Haushalt wolle man die außerplanmäßige Lücke beseitigen. Aber wie konnte es zum aktuellen Engpass kommen? Während im Haushalt 2022 für Herdenschutz und Nutztierrisse 4,8 Millionen Euro vorgesehen waren, seien es für 2023 nur 3,1 Millionen Euro, erklärte das Umweltministerium. In der mittelfristigen Finanzplanung der Vorgängerregierung sei zudem noch eine weitere Kürzung um zusätzliche zwei Millionen Euro vorgesehen. Die CDU-Fraktion wirft der Landesregierung vor, in ihrem Nachtragshaushalt keine Aufstockung der Mittel vorgenommen zu haben, obwohl man den Engpass im Ministerium hätte früh erkennen können. Den Ball wollte Meyer zwar zurückspielen, schließlich hätte auch die CDU keinen entsprechenden Antrag eingebracht. Doch diese Kritik verfiel nicht: Schließlich habe der Minister weder im Umwelt-, noch im Agrarausschuss die Abgeordneten darüber informiert, dass das Geld knapp wird, sagte CDU-Agrarpolitiker Marco Mohrmann.

„Das verursacht Politikverdrossenheit, man fühlt sich hinter die Fichte geführt.“

Mohrmann fordert von der Landesregierung derweil, eine aktive Bejagung des Wolfes rasch zu ermöglichen, und weist darauf, dass sogar Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) wiederholt erklärt habe, der Schutzstatus des Wolfes sei zu hoch und wenn es nach ihm ginge, sollte es viel mehr Abschüsse geben. „Wir haben in Niedersachsen 40 Rudel, das sind über 500 Tiere und damit mehr als in Norwegen und Schweden zusammen“, sagte Mohrmann. „Die Situation für Weidetierhalter ist in vielen Bereichen Niedersachsens eine Katastrophe.“ Dem Umweltminister warf er nun vor, er hantiere mit Zahlen aus unterschiedlichen Quartalen, um einen statistischen Rückgang der Wolfsrisse zu suggerieren. „Das verursacht Politikverdrossenheit, man fühlt sich hinter die Fichte geführt“, sagte Mohrmann. Den Vorwurf, Politikverdrossenheit zu schüren, gab Julia Retzlaff von der SPD direkt an die Christdemokraten zurück. „Die vermeintlich einfachen Lösungen, die die CDU nicht müde wird, zu erklären, gibt es nicht“, sagte sie und forderte, nicht mit den Emotionen der Tierhalter zu spielen.



„Reden und Tun sind in dieser Regierung meilenweit voneinander entfernt. Bringen Sie die Situation bei den Herdenschutz-Mitteln schnell in Ordnung“, fordert Marco Mohrmann.

Ganz einfach ist es in der Tat nicht, eine Bejagung des Wolfes rechtlich möglich zu machen. Die Landesregierung hat sich vorgenommen, sich bei der Bundesregierung und der EU für ein „europarechtskonformes regional-differenziertes Bestandsmanagement“ einzusetzen. Minister Meyer beschrieb das angestrebte Konzept als ein „lernendes, praxistaugliches System, das ein Eingreifen ermöglicht, wo trotz Herdenschutzmaßnahmen Nutztierrisse auftreten“, dort sollten Entnahmen „zeitlich und räumlich eingegrenzt“ erlaubt sein. „Es muss möglich sein, in Deutschland in einzelnen Regionen festzustellen, dass die Wolfspopulation zu groß ist, damit dann ein aktives Wolfsmanagement greifen kann“, beschrieb die SPD-Politikerin Retzlaff die Pläne von Rot-Grün.



„Spielen Sie nicht mit den Emotionen der Tierhalten- den“, sagt Julia Retzlaff.

Doch dafür brauche man zuerst Einigkeit innerhalb Deutschlands und die habe es lange Zeit nicht gegeben, führte sie weiter aus. Inzwischen ändere sich das aber, weil zunehmend mehr Länder vor demselben Wolfsproblem stünden wie Niedersachsen oder Brandenburg. Einen Schritt näher ist der Umweltminister diesem Ziel vielleicht dadurch gekommen, dass sich die Umweltministerkonferenz dafür ausgesprochen hat, den Schutzstatus des Wolfes früher als ursprünglich geplant überprüfen zu lassen. Eigentlich steht eine Neubewertung des „günstigen Erhaltungszustandes“ gemäß FFH-Richtlinie der EU erst 2025 an. Ob es angesichts des Aufwands einer solchen naturschutzrechtlichen Überprüfung allerdings möglich ist, den Zeitplan jetzt noch vorzuziehen, bleibt abzuwarten. Zur Vorsicht ermahnte Anne Kura, Fraktionsvorsitzende und Naturschutzpolitikerin der Grünen-Landtagsfraktion: „Änderungen am Artenschutz müssen mit Bedacht vorgenommen werden.“ Skepsis kann aus Sicht der CDU aufkommen, wenn man nach Berlin blickt. Wie Mohrmann zitierte, stellt sich Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) gegenüber der EU gegen eine Lockerung des Artenschutzes – angesichts der „globalen Biodiversitätskrise“.



„Seitdem die CDU in der Opposition ist, hat die Landesregierung schon viele Blockaden in unserem Land gelöst“, meint Anne Kura.

„Die Wolfspolitik dieser Landesregierung scheitert komplett.“



„Ein Problemwolf hat vorne spitze Zähne und hinten einen Schwanz“, definiert Alfred Dannenberg.

„Die Wolfspolitik dieser Landesregierung scheitert komplett“, urteilte unterdessen der AfD-Agrarpolitiker Alfred Dannenberg. Er schließt sich der Forderung der CDU nach einem aktiven Wolfsmanagement an und betonte die inhaltliche Übereinstimmung der beiden Parteien in diesem Punkt. Auf kommunaler Ebene erlebe man zudem noch viel mehr Einigkeit: Im Landkreis Uelzen hätten beispielsweise alle Fraktionen von der AfD bis zu den Grünen eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die die EU neben anderem dazu auffordert, den Schutzstatus des Wolfes in Deutschland unverzüglich und künftig jährlich sowie nach Regionen differenziert zu überprüfen und dem Wolf den Schutzstatus einer gefährdeten Art zu entziehen.

GESUNDHEIT

Krankenhaus Norden retten? Philippi sieht dafür „keine Möglichkeit mehr gegeben“

Seit Wochen häufen sich Proteste in Norden, denn das dortige Krankenhaus mit seinen 275 Betten soll zum 1. Juli schließen. Das neue Zentralklinikum in Georgsheil, das die Kliniken Aurich, Emden und Norden ersetzen soll und für alle drei Orte gut erreichbar ist, wird aber frühestens 2026 fertig sein, eher noch später. Nun behauptet ein Aktionsbündnis in Norden, dass die Politik wortbrüchig geworden sei – denn es sei versprochen worden, die alten Kliniken erst dann zu schließen, wenn das neue Zentralklinikum tatsächlich in Betrieb ist.

Im Landtag fragte die AfD-Abgeordnete Vanessa Behrendt, ob nicht die flächendeckende Gesundheitsversorgung in der Region gefährdet sei, wenn die Klinik jetzt schon schließen müsse. Außerdem fragte sie, ob das Land finanzielle Unterstützung leisten könne.

Sozialminister Andreas Philippi (SPD) erklärte, die Ausgangslage der Klinik in Norden sei dramatisch. Das negative Jahresergebnis von zwölf Millionen Euro zeige deutlich, wie sehr sich das Krankenhaus in einer Schieflage befinde. Seit 2018 hätten sich die Patientenzahlen halbiert auf jetzt rund 3700. Die hohen Kosten, etwa für Honorarärzte, und die fehlenden Einnahmen wegen der stark rückläufigen Fallzahlen setzten die Klinikleitung unter Druck. Es sei so nicht möglich, neue Fachärzte oder Assistenzärzte für den Standort zu gewinnen. Also solle die somatische Abteilung geschlossen werden, gleichzeitig werde aber ein „Regionales Gesundheitszentrum“ (RGZ) geschaffen. Philippi erklärte, die Landesregierung unterstütze diese Pläne und halte sie für „sinnvoll“: „Bei durchschnittlich rund zehn somatischen Patienten täglich ist eine Krankenhausversorgung über sieben Tage und 24 Stunden weder wirtschaftlich tragfähig noch medizinisch sinnvoll“, hob der Minister hervor. Die akutstationäre psychiatrische Krankenhausbehandlung mit 105 Planbetten in Norden bleibe davon aber unberührt. Nach den Worten des Ministers kann das RGZ die Erstversorgung der Patienten „sinnvoll und qualitativ hochwertig sicherstellen“. Für schwerere Er-



Das Norder Krankenhaus soll bereits Mitte des Jahres in ein Regionales Gesundheitszentrum mit 25 Betten umgewandelt werden. Dagegen gibt es Proteste.



Sozialminister Andreas Philippi rechtfertigt im Landtag die Schließung des Krankenhauses in Norden.

krankungen seien die Standorte Emden und Aurich „gut erreichbar“, dies sei im Krankenwagen mit Blaulichteinsatz binnen 30 Minuten zu schaffen. Was die Notfallversorgung angehe, überlege man „gegebenenfalls den Einsatz weiterer Rettungswagen“.

Jozef Rakicky (AfD) und Saskia Buschmann (CDU) hakten nach, ob das Land eventuell eine Unterstützung für die Klinik in Norden geben wolle – beispielsweise über Bürgschaften. Philippi sagte, dazu sehe er „keine Möglichkeit mehr gegeben“. Die Zahlen seien so schlecht, dass sich eine weitere Unterstützung nicht mehr lohne. Die Ursachen lägen in den hohen Betriebskosten, die sich in steigenden Preisen, steigenden Löhnen, höheren Aufwendungen für Dienstleistungen, Energie und Medikamentenerwerb ausdrückten. Zuständig für die Finanzierung sei die Bundesebene, und die Kassen müssten die Leistungen bezahlen. Er hoffe, dass die Bundesregierung „schnellstmöglich“ die versprochenen 2,5 Milliarden Euro bereitstelle. Dies werde wohl spätestens nach der Sitzung des Bundestages am 7. Juli der Fall sein. Philippi antwortete auch auf die Frage, ob für das geplante RGZ in Norden ein Landeszuschuss beantragt worden sei. Dies sei der Fall, aber entschieden sei darüber noch nicht. Es gehe um einen Betrag von drei Millionen Euro.

LESERBEFRAGUNG

RUNDBLICK-LESERBEFRAGUNG 2023

Ihre Meinung zählt

- einfach hier klicken oder den QR-Code scannen
- Fragen beantworten
- und eine von drei exklusiven RUNDBLICK-Tassen gewinnen

RUNDBLICK
POLITIKJOURNAL
FÜR NIEDERSACHSEN

HINTERGRUND

Unternimmt die Landesregierung genug, um Angriffe auf queere Menschen zu verhindern?

Von Niklas Kleinwächter

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) war sichtlich stolz an den Tagen nach dem jüngsten Christopher Street Day (CSD) in Hannover. Zum ersten Mal in seiner Amtszeit hielt er am Sonnabend vor Pfingsten auf der queeren Kundgebung ein Grußwort und führte anschließend sogar gemeinsam mit Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) den Demonstrationszug vorneweg mit an. Anerkennend sagte Weil anschließend gegenüber Journalisten, der CSD sei eine Institution in der Landeshauptstadt und bringe inzwischen mehr Menschen auf die Straße als der Tag der Arbeit am 1. Mai, an dem traditionell die Gewerkschaften ihre Unterstützer mobilisieren. Doch der Stolz über das gelungene bunte Treiben auf dem Opernplatz wich an den Folgetagen rasch einer herben Ernüchterung. Im Anschluss an die Demonstration ist ein 17-jähriger Transmann am hannöverschen Hauptbahnhof angegriffen, verletzt und



Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) führt den Demonstrationszug zum Christopher Street Day in Hannover gemeinsam mit Belit Onay (Grüne) an.

bestohlen worden. Berichte über weitere Angriffe folgten, und die Landesregierung ließ erklären, man sei sehr betroffen. Das Ereignis zeige, „dass das mit Toleranz noch nicht überall angekommen ist, dass es immer noch Hass und Vorbehalte gibt gegen Menschen, die anders leben, sich anders kleiden und ihre Freude haben wollen. Insofern ist das sehr bitter, dass der Tag so geendet hat, insbesondere für diese zwei Menschen“, sagte Regierungssprecherin Anke Pörksen in der Landespressekonferenz.

Den Ausdruck des Bedauerns und das Bekenntnis gegen Queerfeindlichkeit wollten die Regierungsfractionen nun noch einmal parlamentarisch bestätigt wissen. Deshalb brachten sie in das Juni-Plenum des Landtags einen Entschließungsantrag ein, der einer Resolution gleichkommt – allerdings vom Landtag entgegen des rot-grünen Ansinnens auf Antrag von CDU und AfD nicht sofort beschlossen, sondern zur Beratung in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Bezugnehmend auf die Vorkommnisse rund um den CSD Hannover und einen Fall aus dem vergangenen Jahr, bei dem ein Teilnehmer des Münsteraner CSD ums Leben gekommen ist, stellen SPD und Grüne klar, „dass



Stephan Weil spricht beim CSD.

queere Personen in Deutschland nach wie vor Ziel von Anfeindungen bis hin zu gewaltsamen Angriffen sind und ihre Sicherheit immer wieder gefährdet ist.“ Swantje Schendel, bei der Grünen-Landtagsfraktion für die Queerpolitik zuständig, erklärte vorab: „Die Angriffe auf queere Menschen beim CSD in Hannover haben einmal mehr deutlich gemacht, dass Queerfeindlichkeit kein Randphänomen ist. Mit der Resolution wollen wir uns solidarisch zeigen mit allen queeren Menschen in Niedersachsen.“ Um Akzeptanz und Toleranz zu erhöhen, brauche es jedoch mehr als Solidaritätsbekundungen, führte sie weiter aus. Deshalb wolle man zeitnah einen Landesaktionsplan zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auflegen.

„Solidaritätsbekundungen und das symbolische Hissen von Regenbogenfahnen vor den Ministerien reichen nicht mehr aus.“

Besagter Landesaktionsplan wird im Sozialministerium bereits in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Vereinen und Initiativen ausgearbeitet, kürzlich erst fand das erste Treffen dazu statt. Dennoch zeigte man sich genau bei diesen Vereinen nun verwundert darüber, dass es im Juni-Plenum nun doch nicht, wie zunächst erwartet, bereits einen flankierenden Entschließungsantrag gibt, der die Regierung aus dem Parlament heraus darin bestärkt, einen solchen Aktionsplan zu erstellen und dabei klare Forderungen formuliert. Stattdessen wird die Resolution, über die das Parlament am Donnerstag abstimmen sollte, als zahnloser Tiger angesehen. „Solidaritätsbekundungen und das symbolische Hissen von Regenbogenfahnen vor den Ministerien reichen nicht mehr aus. Wir brauchen jetzt konkrete Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit in diesem Land“, erklärte Franziska Fahl aus dem Vorstand des Queeren Netzwerks Niedersachsen (QNN). Doch in dem rot-grünen Entschließungsantrag, der auf nur eine Seite passt, findet man wenig Konkretes. Der Landtag bekennt sich darin dazu, „dass Queerfeindlichkeit weiterhin entschieden bekämpft werden muss“. Der einzige Appell an die Regierung steht im letzten Absatz, in dem der Landtag die Landesregierung auffordert „zu prüfen, wie Veranstaltende, Polizei und Staatsanwaltschaft noch besser dabei unterstützt werden können, Anfeindungen, Angriffe und Übergriffe auf zukünftigen Veranstaltungen zu verhindern.“



Die Regenbogenflagge weht vor dem Landtag.

Doch wie könnte so etwas aussehen? Marten Gäde, queerpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, führte bereits im Mai anlässlich des Aktionstages gegen Homo- und Transfeindlichkeit aus, dass man sich politisch dafür einsetze, „dass Straftaten gegen queere Menschen besser erfasst und damit statistisch nachvollziehbarer werden.“ Gesellschaftlich möchte er zudem zu Zivilcourage ermutigen. „Wir haben leider schon häufig genug erlebt, wie sich Diskriminierung hochschaukelt und in physischer Gewalt endet. Wer also eine homophobe Andeutung oder eine Beleidigung gegen Transmen-

schen erlebt, muss das nicht so stehen lassen.“ Auf die Zivilgesellschaft blickt man auch beim QNN. Allerdings denkt man dort an eine zivilgesellschaftliche Anlaufstelle, bei der sich queere Menschen, die von Gewalt betroffen sind, melden können. „Queerfeindlichkeit ist nicht nur ein Problem auf Großveranstaltungen wie den CSDs, sondern prägt den Alltag vieler queerer Personen“, erklärt QNN-Geschäftsführer Nico Kerski, und verweist auf ein „erschreckend hohes“ geschätztes Dunkelfeld bei den angezeigten Taten. Man gehe davon aus, dass 90 Prozent der Fälle nicht zur Anzeige gebracht würden. Das liegt wohl daran, dass für nicht wenige queere Menschen die Polizei noch immer nicht der beliebteste Ansprechpartner ist, an den man sich gerne wendet und dabei seine sehr persönliche Orientierung schildert.

Dabei gibt es seit einigen Jahren bereits explizite Ansprechpersonen für queere Menschen bei der niedersächsischen Polizei. In allen Polizeibehörden und in der Polizeiakademie Niedersachsen seien mindestens zwei „Ansprechpersonen LSBTIQ“ im Nebenamt beauftragt, teilte das Innenministerium auf Nachfrage mit. Darüber hinaus werde die Landeskoordination für dieses Themenfeld von Leon Dietrich hauptamtlich wahrgenommen. Diese Stellen weiter zu stärken und über diese Seite auch weitere Polizisten und die Staatsanwaltschaft für die besonderen Belange von queeren Menschen zu sensibilisieren, ist ein Schritt, den sich vielleicht auch Rot-Grün für den Landesaktionsplan vorstellen könnte. Weil der Entschließungsantrag hier allerdings unpräzise bleibt, will die CDU-Landtagsfraktion trotz prinzipiellen Wohlwollens gegenüber des Anliegens der Resolution die Beratungen im zuständigen Ausschuss abwarten.

Womöglich ist der Sozialausschuss aber gar nicht der geeignete Ort für diese Debatte. Wie hieran deutlich wird, ist Queerpolitik längst nicht mehr nur ein Thema, um das man sich allein im Sozialministerium kümmert. Geht es um die Sicherheit von Leib und Leben steht nun auch Innenministerin Daniela Behrens (SPD) im Fokus. Sie wiederum kann nun auf die Vorarbeit der Innenministerkonferenz zurückgreifen. Dieser wurde kürzlich der Abschlussbericht des „Arbeitskreises zur Bekämpfung homophober und transfreundlicher Gewalt“ vorgelegt. Gefordert wird von dem Expertengremium, das Dunkelfeld besser auszuleuchten, queerfeindliche Gewalt in der Polizeilichen Kriminalstatistik besser auszuweisen sowie Anti-Gewalt-Arbeit, den Austausch der Polizei mit queeren Organisationen und Opferberatungsstellen zu stärken. Wie eine solche Stärkung am Ende auch durch die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel konkret aussehen könnte, wird der Landtag entscheiden müssen. Wenn er damit auf den Landesaktionsplan wartet, wird dabei allerdings in diesem Jahr voraussichtlich keine Entscheidung mehr getroffen. Nimmt man allerdings den Vorfall am Hauptbahnhof Hannover in den Blick, kann man sich auch fragen, ob es nicht vielleicht ein ganz allgemeines Sicherheitsproblem gibt, dessen man sich sofort annehmen sollte.



In allen Polizeibehörden und in der Polizeiakademie Niedersachsen gibt es seit einigen Jahren LSBTIQ-Ansprechpersonen.

Personen und Positionen



Gerhard Schröder, Altkanzler, muss offensichtlich vorerst nicht den Entzug der ihm 1999 verliehenen „Landesmedaille“ befürchten. Mit der Mehrheit von SPD, Grünen und AfD lehnte der Landtag gestern einen Antrag der CDU ab, eine Bürger-Eingabe zu Schröder der Regierung zur „Erwägung“ zu empfehlen. Der Petent hatte gefordert, man möge Schröder wegen seiner fortgesetzten Verharmlosung des russischen Angriffskrieges die Medaille entziehen und auch die Versorgungsbezüge kürzen. Die CDU hatte daraufhin beantragt, die Frage der Medaille der Landesregierung zur ernsthaften näheren Prüfung vorzulegen. „Aus unserer Sicht ist es ein unpassendes, achtloses Verhalten, dass Schröder wiederholt den von Putin entfachten Krieg relativiert, bagatellisiert und verharmlost“, sagte CDU-Fraktionsvize Veronika Bode. Ausdrücklich sehe das Gesetz den Entzug der Medaille vor, wenn sich ihr Träger als „unwürdig“ erwiesen habe – und das sei bei Schröder der Fall. Annette Schütze (SPD) widersprach und meinte, die Medaille habe Schröder wegen seiner „Verdienste als Ministerpräsident“ erhalten, nicht wegen späterer Aktivitäten. Außerdem sei es allein Sache des Ministerpräsidenten, über einen Entzug zu befinden – und Ministerpräsident Weil habe diese Absicht offenkundig nicht. Weil fehlte in der entsprechenden Landtagsdebatte und bei der anschließenden Entscheidung über die Petition.

Barbara Thiel, scheidende niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte, hat vor dem Verwaltungsgericht Hannover eine Niederlage kassiert. Das Gericht gab am Mittwoch ihrem Eilantrag nicht statt. Damit darf die Landesregierung dem am 3. Mai einstimmig vom Landtag gewählten Nachfolger Denis Lehmkemper die Ernennungsurkunde aushändigen. Er soll am 1. Juli sein Amt antreten. In der Hauptsache wenden sich Thiel und ihr Berliner Anwalt, der bundesweit bekannte Datenschutzexperte Niko Härting, gegen das Verfahren zur Benennung von Lehmkemper. Dieser war, wie in Niedersachsen seit Jahrzehnten üblich, auf Geheiß der Staatskanzlei dem Landtag vorgeschlagen worden. Vorausgegangen war offenbar eine Absprache zwischen den Koalitionsfraktionen SPD und Grünen einerseits, der CDU-Landtagsfraktion andererseits. Lehmkemper gehört – wie auch Thiel – der CDU an. Thiel argumentiert nun, dass die Europäische Datenschutz-Grundverordnung von jedem Bewerber eine Datenschutz-Qualifikation verlange, die bei Lehmkemper aus ihrer Sicht nicht vorhanden ist (obwohl der Jurist sich seit vielen Jahren in Personalfragen hervorragend auskennt). Zum anderen sei die Personalauswahl nicht in einem transparenten Verfahren geschehen, denn es hatte keine Ausschreibung gegeben, auf deren Basis sich Thiel selbst wohl hätte bewerben wollen. Die Datenschutz-Grundverordnung verlange aber die Auswahl nach Qualifikation, und dafür sei die Ausschreibung nun das gängige Verfahren. Das Verwaltungsgericht Hannover folgte dieser Argumentation nicht. Die 13. Kammer stellte fest, dass Lehmkemper nach öffentlicher Ankündigung in einer öffentlichen Landtagssitzung gewählt worden war, das Verfahren sei also transparent gewesen. Eine Ausschreibung verlange auch die Datenschutz-Grundverordnung nicht. Lehmkemper verfüge auch als Volljurist über die erforderlichen datenschutzrechtlichen Kenntnisse. Thiel dürfte mit dem Eilantrag jetzt das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg anrufen.





Alexander Wille, CDU-Landtagsabgeordneter aus Celle, hat mit einer Bemerkung zum früheren Innenminister Boris Pistorius im Landtagsplenum einen heftigen Schlagabtausch ausgelöst. Die SPD hatte eine aktuelle Debatte beantragt und dabei gelobt, dass jüngst zwei EU-Löschflugzeuge in Niedersachsen stationiert worden sind – in Wolfsburg/Braunschweig und im Emsland. Wille sagte, die CDU begrüße ausdrücklich die Stationierung der beiden Flugzeuge. Aber das Gesamtbild des Brandschutzes in Niedersachsen sei „besorgniserregend“. In der zentralen Feuerweherschule fehlten Dozenten, die Lehrgänge für Zugführer sollten jetzt offenbar auf die Kreis-

wehren übertragen werden – ohne dass klar sei, wie diese das leisten sollten. Dieser Zustand sei „desaströs“, und das liege daran, dass der frühere Innenminister Boris Pistorius seiner Nachfolgerin Daniela Behrens „einen Scherbenhaufen hinterlassen“ habe. Daraufhin stellte Rüdiger Kauhoff (SPD) die Zwischenfrage, ob Wille denn wisse, „wer in den vergangenen Jahren Finanzminister war“. Nach aufgeregten Zwischenrufen von CDU und SPD meinte Wille dann in seiner Antwort auf Kauhoff: „Mein Fraktionskollege Reinhold Hilbers hat ein breites Kreuz, der kann viel aushalten. Was mich aber fasziniert, ist die Tatsache, dass die SPD bei jedem Thema, egal welchem, keine andere Pointe einfällt als der Hinweis auf Reinhold Hilbers.“ Innenministerin Daniela Behrens wies den Vorwurf des „Scherbenhaufens“ zurück und lobte ihren Vorgänger Pistorius für den Einsatz zugunsten der Löschflugzeuge – Niedersachsen sei das einzige Bundesland, in dem solche Geräte stationiert werden. Was die Feuerwehrausbildung angehe, die erweitert werden solle, befinde man sich „mitten im Prozess“. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Stefan Marzischewski meinte, die beiden Flugzeuge spiegelten nur eine vermeintliche Sicherheit vor – denn sie seien zwar in Niedersachsen aufgestellt, würden aber vermutlich vornehmlich in Südeuropa eingesetzt, wo es am häufigsten Waldbrände gebe.

Andrea Schröder-Ehlers, ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete aus Lüneburg, verstärkt künftig den Landesrechnungshof (LRH). Der Landtag wählte sie auf Vorschlag der Staatskanzlei am Donnerstag zur neuen Vizepräsidentin. Die 61-jährige Juristin tritt die Nachfolge von Thomas Senftleben an, der Ende August in den Ruhestand geht. Damit wird die Prüfbehörde von zwei Frauen geführt, von Präsidentin Sandra von Klaeden (CDU) und der Sozialdemokratin Schröder-Ehlers. Die weiteren Senatsmitglieder sind Susanne Haack, Eckart Lantz, Berend Lindner, Michael Markmann und Heike Fliess. Der LRH berät die Landesregierung und wirkt als Kontrollorgan, er kann regierungsinterne Akten einsehen bei seinen Prüfungen, die vor allem auf die Einhaltung des Gebotes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sind.



Landtag einigt sich doch auf Ukraine-Resolution

Der Wettstreit der politischen Lager bei einer Resolution zum Ukraine-Krieg hat kurz vor der Abstimmung ein Ende gefunden. SPD und Grüne auf der einen, die CDU auf der anderen Seite verständigten sich kurzfristig auf einen gemeinsamen Antrag, der mit großer Mehrheit (gegen die Stimmen der AfD) im Plenum beschlossen wurde. Darin bekennt sich der Landtag zur militärischen Hilfe für das von Russland überfallene Volk, außerdem solle noch in diesem Jahr eine „Solidaritätspartnerschaft“ zwischen Niedersachsen und einer ukrainischen Region vereinbart werden. Auch Waffenlieferungen werden ausdrücklich befürwortet. Die Forderung der CDU, dass „eine Relativierung der russischen Aggression durch ehemalige und amtierende Volksvertreter auf das Schärfste zu verurteilen ist“, ist nun ebenfalls in den Beschluss aufgenommen worden. Die CDU hatte einen solchen Passus schon im Januar in ihren Antrag geschrieben. In dem Antrag von SPD und Grünen, der Anfang Juni verfasst wurde, fehlte der Hinweis auf Volksvertreter zunächst – mutmaßlich aus Rücksichtnahme auf parteiinterne Stimmungen bei den Sozialdemokraten. Jetzt hat sich die Koalition besonnen und ihn doch noch aufgenommen. Nach allgemeinem Verständnis im Landtag zielt diese Distanzierung auf Altkanzler Gerhard Schröder.

Was die Russland-Politik der SPD anbelangt, begehrt die CDU jetzt allerdings auf. Sie hatte Ende Januar von der Landesregierung die Vorlage von Akten verlangt, in denen „die Verbindungen der Landesregierung zur Russischen Föderation von Februar 2013 bis heute“ eine Rolle spielen. Daraufhin hatte Staatskanzleichef Jörg Mielke erklärt, die erbetenen Unterlagen seien zu umfangreich – und die CDU bot dann an, in einer ersten Tranche die Unterlagen bis November 2017 vorzulegen. Bisher gebe es keine Aussage der Landesregierung, wann mit den Akten in welchem Umfang zu rechnen sei. In einem Schreiben an die Staatskanzlei erklärt nun die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion, Carina Hermann, die Christdemokraten erwarteten die erste Tranche der Russland-Akten „bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause im August“. Auch Unterlagen der Regierung zur Wind-Potenzial-Studie seien erbeten worden, auch hier fehle seit April eine Antwort der Regierung – und ein längerer Aufschub sei „nicht mehr zu akzeptieren“. Man behalte es sich vor, schreibt Hermann, vor dem Staatsgerichtshof zu klagen, falls die Regierung die Herausgabe weiterhin nicht leisten wolle.

Bildnachweise

Titelbild: Facebook/CSD Hannover; S. 1 bis 3: Plenar-TV; S. 4: Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden, Plenar-TV; S. 6: Facebook/CSD Hannover; S. 7: Niklas Kleinwächter, S. 8: Facebook/Polizei Niedersachsen; S. 9: Staatskanzlei, Heike Göttert; S. 10: Plenar-TV, SPD

Impressum

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

HERAUSGEBER

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Chefredakteur v. i. S. d. P.

Dr. Klaus Wallbaum

Chefredakteur Wirtschaft

Christian Wilhelm Link

Chef vom Dienst

Niklas Kleinwächter

Redakteurin Neue Medien

Audrey-Lynn Struck

Redaktionsassistentz

Sina Gartz

Marktstraße 45, 30159 Hannover

Telefon (0511) 13 22 29 40

Telefax (0511) 13 22 29 59

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada

Telefon (0511) 13 22 29 55

Telefax (0511) 13 22 29 58

lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871, Erscheinungsweise
reg. 5 x wöchentlich